

Wehrpflicht? Nein danke!

Ex-Generalinspekteur Klaus Naumann fordert eine Berufsarmee mit 180 000 Soldaten als Antwort auf neue Bedrohungen.

Verteidigungsminister zu Guttenberg kann einen doppelten Erfolg verbuchen: Die CDU-Spitze hat sich hinter seine Forderung gestellt, die Wehrpflicht auszusetzen. Und es gibt zum ersten Mal seit 1990 wieder eine Debatte über die Bundeswehr.

Allen Politikern, denen die Sicherheit Deutschlands wichtig ist und die unseren internationalen Einfluss wahren wollen, denen an einer leistungsfähigen Bundeswehr liegt und die ihre Verantwortung für sie ernst nehmen, sei gesagt: Sie dürfen die Bundeswehr durch das Festhalten an einem politisch ausgehöhlten Wehrdienst nicht weiter schwächen.

Deutschland hat den Risikobewertungen der Nato und der EU stets zugestimmt. Im November wird das Bündnis sein strategisches Konzept vorlegen. Darin wird es auf neue Gefahren wie Cyberwar hinweisen und auf Gefährdungen, die als Folge von Rohstoffmangel und Klimawandel entstehen können. Auch wenn es niemanden gibt, der die Nato militärisch besiegen könnte: Die Staaten am Rande des Nato-Gebietes sind gefährdet und deshalb wird das Bündnis von allen Mitgliedern die Bereitschaft und die Fähigkeit fordern, solidarisch Beistand zu leisten.

Risiken durch Terrorismus, die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und Raketen, durch internationale Kriminalität und durch zerfallende Staaten müssen wir dort begegnen, wo sie entstehen, damit Gefährdungen im Bündnisgebiet verhindert werden. Deutschland muss seinen Beitrag leisten zur Abwehr von Raketen- und Luftangriffen, zum Schutz der Seewege und zu Einsatzkräften von Nato oder EU, die an den Grenzen des Nato-Gebietes oder darüber hinaus Gefahren vorbeugend bekämpfen.

Dazu braucht die Bundesrepublik Streitkräfte, die im gesamten Spektrum von intensiven Kampfhandlungen bis hin zu Stabilisierungseinsätzen und Katastrophenhilfe rasch einsetzbar und schnell zu verlegen sind und die mit den Streitkräften der Verbündeten un-

ingeschränkt kooperieren können. Mit Wehrpflichtigen, die lediglich sechs Monate bei der Armee sind, ist das nicht zu bewältigen. Ihr Einsatz wäre unverantwortlich.

Außerdem: Krisen verlangen schnelles Handeln, lange Zeiten der Vorbereitung oder gar Mobilmachung gibt es nicht. Ein Grundwehrdienst nur zur Nachwuchsgewinnung aber ist weder vertretbar noch gerecht. Er wäre im Übrigen Geldverschwendung, denn man bindet mindestens 10 000 Zeit- und Be-

rufssoldaten damit, erhält eine stattliche Wehrrersatzorganisation aufrecht in der Hoffnung, vielleicht rund 7 000 Zeitsoldaten im Jahr zu gewinnen. Was wir bräuchten, ist eine Bundeswehr von etwa 180 000 Zeit- und Berufssoldaten, von denen bis zu 130 000 für Einsätze einplanbar wären bei einem investiven Anteil des Verteidigungshaushaltes von mindestens 30 Prozent.

Als die Regierungskoalition ihren von wenig Sachverstand getriebenen Beschluss des

sechsmonatigen Grundwehrdienstes fasste und ihn damit zum sozialen Pflichtdienst mit der Möglichkeit machte, diesen auch als Wehrdienst abzuleisten, kam es zu keiner Diskussion, obwohl das der Einstieg in den Aufstieg war.

Die Debatte um den richtigen Vorschlag des Verteidigungsministers, einen weder sinnvollen noch gerechten Dienst auszusetzen, klingt heuchlerisch: Trotz offenkundiger Gefahren wird nicht über das gebotene Maß an Schutz diskutiert, über die deutschen Verpflichtungen gegenüber Uno, Nato und EU, über die Folgen der seit 1992 anhaltenden Unterfinanzierung der Bundeswehr und über die ständige Auszehrung des Budgets durch die Verlagerung von Gehaltssteigerungen, Pensionen und Einsatzkosten in den Verteidigungshaushalt bei gleichzeitiger Erweiterung der Auslandseinsätze. Auch die hausgemachten Übel wie kopflastige Strukturen, verfehlte Rüstungsentscheidungen oder die immer noch überdimensionierte zivile Komponente der Bundeswehr bleiben unerwähnt.

Statt diese Fragen zu diskutieren, wird nun von manchen die Wehrpflicht zum Wesenskern von Parteien erklärt, man verbindet sie irrigerweise mit dem Erhalten der inneren Führung und erklärt sie zur Voraussetzung der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft. Manche Politiker behaupten gar, eine Wehrpflichtigenarmee sei klüger - und beleidigen damit die eigenen Berufs- und Zeitsoldaten.

Zu den Kernfragen aber herrscht Schweigen. Doch erst die Antworten darauf erlauben es uns, die Frage zu stellen: Was ist personell und finanziell möglich, und welche Rüstungsvorhaben sind nötig?

Der Verteidigungsminister hat die Diskussion vom Kopf auf die Füße gestellt. Dem sollte die politische Diskussion nun folgen.

Der Autor war Generalinspekteur der Bundeswehr. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com